



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/102 - 4: 5.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

- Die Mahnung des 8. Mai
 - Der Druck der Rechtsrepublikaner
 - Zum 60. Geburtstag Willy Sanders
 - Anhang: Glienbauer-Rede im Bayerischen Rundfunk
- S. 1
S. 3
S. 3

Zehn Jahre danach

sp. Wo immer man des 10. Jahrestages der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches gedenken wird - ob im In- oder Auslande wird man Deutschlands gedenken. Wo immer man in der ganzen Welt diesen Tag begehen wird - man wird an die Toten denken.

Zuviel ist geschehen vor jenen 8. Mai 1945, an dem die masslose Macht eines verbrecherischen Regimes ihr Ende fand, und zuviel geschah seitdem, als dass nicht ein jeder der Menschen gedenken muss, die in der Hölle des zweiten Weltkrieges, in den Konzentrationslagern und Gasöfen, in den Luftschutzkellern zugrunde gingen. 55 Millionen Tote - das war die Bilanz eines Wahnsinns, der von einer deutschen Regierung vom Zaune gebrochen wurde. Daran sollte man heute denken, und man sollte sich heute und hier daran erinnern, dass 21 Millionen dieser Toten dem russischen Volk angehörten. Gerade hier in einem Teil Deutschlands, in dem sich rasch und farbig der Wiederaufbau vollzog, in dem die absolute Niederlage fast überwunden scheint, gerade hier in der Bundesrepublik, wo man wider Erwarten und durch die Gunst der Umst eine Chance geboten bekam, hier sollte dieser Tag kein Anlass zum sein.

Man sollte sich heute der Verantwortung erinnern, die man auf lud für das Schicksal derer, die in jenen zwölf Jahren im Schatten lebten, man sollte heute daran denken, wie uns das Geschehen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen vorgehalten wurde und man sollte es für die Zukunft als Mahnung auffassen: Wir sind mitverantwortlich für alles, was in diesem Lande geschieht, und dieses Land hört genau

SPD-PresseDienst

2/K/102

- 2 -

4.5.1955

so wenig an der Elbe auf wie es einst an den Stacheldrahnten von Buchenwald und Auschwitz, von Granienburg und Mauthausen aufhörte. Alles war Deutschland - und jenes Konzentrationslager hinter dem Eisernen Vorhang, in dem 18 Millionen unserer Landsleute leben müssen, gehört auch dazu.

Und wenn sich in der Bundesrepublik Millionen verpflichtet fühlen und zu Opfern bereit sind, um 18 Millionen unseres Volkes zu erlösen, so wissen sie, dass dies Arbeit und Schweiß bringen wird, doch sie wehren sich gegen den Gedanken, dass es einmal Blut kosten soll.

Viele haben nicht vergessen, dass der Irrglaube an die Macht uns in jenen Maitagen des Jahres 1945 offenbar wurde, an dem sich das Blend der Flüchtlinge mit der Apathie einer geschlagenen Armee auf den Straßen Deutschlands paarte. Wenn sich heute Millionen in Deutschland gegen Militarvertrage wenden, die nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht ein Band für einen Teil dieser Welt sein können, so sollte man gerade am 8. Mai in die Zukunft sehen: Hier ist ein Alibi geschaffen worden für weite Teile unseres Volkes, ein Alibi, welches die Geschichte hoffentlich nie von uns verlangen wird, welches aber die eindeutige Absage an eine Politik der Gewalt und der Stärke dokumentiert. Dafür sollten auch die Kritiker an einer solchen Haltung markbar sein.

Denn das Gewissen ist empfindlicher geworden. Hier in Deutschland, wo Furcht, Gewalt und Schrecken so vollkommen erlebt worden, hier in Deutschland, an der Nahtstelle zwischen den zwei großen Mächten dieser Erde, hat sich unter der tödlichen Bedrohung durch Uberwaffen bei vielen die Überzeugung durchgesetzt, dass die Sicherheit nicht mehr durch Divisionen und Artillerieregimenter geschaffen wird, sondern nur durch Vertrauen.

In unserem Land mahnt die Vergangenheit. Wie wir für vieles, was einst geschah, mitverantwortlich gemacht wurden, so sind wir verpflichtet, den Aufgaben zu dienen, die uns nach jenem 8. Mai 1945 blieben: dem Frieden und der Wiedervereinigung mit unseren Landsleuten.

+ + +

- 3 -

Wer ist stärker: die Friedens- oder die Kriegspartei?

O.L., New York, Anfang Mai

In weniger als 72 Stunden ist eine - zumindest vorübergehende - Veränderung der amerikanischen Politik um hundertachtzig Grad in Erscheinung getreten. Die erste Antwort Washingtons auf das Angebot des chinesischen Ministerpräsidenten, in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Krise im Fernen Osten einzutreten, war negativ. Die Feststellung, dass es zu solchen Verhandlungen nicht ohne Teilnahme der Chiang-Regierung von Formosa kommen könnte, war gleichbedeutend mit einer Ablehnung - da weder die Festlands- noch die Formosa-Regierung solche direkte Verhandlungen miteinander führen wollen und können. Kaum drei Tage später erklärte Außenminister Dulles in einer Korrektur der ursprünglichen Haltung, die Präsident Eisenhower inzwischen als Fehler anerkannte, dass die Vereinigten Staaten mit den chinesischen Kommunisten auch ohne Teilnahme der Formosa-Regierung verhandeln könnten.

In Washington gibt es großes Rätselraten über die tieferen Gründe dieser Wendung und über die Ursachen dieses Mangels an Koordination und Beständigkeit der offiziellen Außenpolitik, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass Präsident Eisenhower von der ablehnenden ersten Erklärung wusste, obwohl weder er noch Dulles an diesen Tagen in Washington anwesend waren, und dass er dann Dulles' Wendung billigte. Man wird wohl kaum fehlgehen, wenn man die Veränderung der offiziellen Haltung Washingtons nicht allein auf die Ergebnisse von Bandung und den persönlichen Eindruck zurückführt, den Tschu-En-Lais Auftreten auf der asiatisch-amerikanischen Konferenz insbesondere auf nicht-kommunistische und pro-amerikanische Staatsmänner wie den Ministerpräsidenten von Pakistan gemacht hat. Es waren vor allem dessen Erklärungen, die dem amerikanischen State Department offenbar zu denken gaben.

Ähnliche Wendung in der Österreich-Frage

Wenige Tage vor der so plötzlichen und aller Welt sichtbaren Wendung in der Fern-Ost-Politik hat es eine andere, weniger abrupte Wendung in der Europa-Politik gegeben: kurz nach dem Bekanntwerden der Moskauer Vereinbarungen zwischen Österreich und der Sowjetunion über den Staatsvertrag gab es eine kurze Übergangsperiode, in der es aussah, als würde Washington dem Staatsvertrag, wie er nun abgeschlossen werden soll, nicht zustimmen. Die Besorgnis, dass Wiens Erfolg Rückwirkungen auf Bonn haben könnte war so groß und die Meinung - gewisser Hintermänner zumindest - Mein zu sagen so verlockend, dass manche einen Augenblick befürchteten, der Staatsvertrag werde scheitern. Das war selbstverständlich unmöglich: Die Vereinigten Staaten, die immer wieder erklärt hatten, sie seien bereit, den österreichischen Staatsvertrag zu unterzeichnen, konnten nun eine Regelung der österreichischen Frage nicht ablehnen, die in Wahrheit in einigen Punkten, vor allem in der Erdölfrage, wesentlich günstiger war als der stigmatisierte Vertragsentwurf. So trat auch hier eine den Kennern deutlich merkbare Wendung ein.

4.5.1955

Knowlands Kampf gegen einen Kompromiß

In Washington spielt sich hinter den Kulissen und auf der Bühne - im Kongreß - ein Kampf um die amerikanische Außenpolitik ab, der vor allen auf die Uneinigkeit der Republikaner in außenpolitischen Fragen zurückgeht. Unmittelbar nach der neuesten Dulles-Erklärung zur Fern-Ost-Frage hat Senator Knowland, der Führer der "scharfen" Politik in Washington - und merkwürdigerweise zugleich der Sprecher der Administration und der regierenden Partei im Senat - jede Verhandlung mit der chinesischen Festlandsregierung abgelehnt und Chiangs Interessen und Wünsche zum obersten Maßstab der amerikanischen Asienpolitik gemacht. Knowland ist offenbar entschlossen, nicht nachzugeben und selbst einen Bruch mit Eisenhower zu riskieren, um einen Ausgleich mit der chinesischen Festlandsregierung zu verhindern.

Knowland hat diese aussenpolitische Linie von Taft übernommen und sie entwickelt, noch bevor McCarthy eine aggressive Außenpolitik zu einem wesentlichen Teil seiner "Politik" des Anti-Kommunismus gemacht hat. Eine Zeitlang trat Knowland in den Hintergrund, offenbar weil er mit der Lautstärke McCartneys nicht konkurrieren konnte. Nun scheint er als Führer der Rechtsrepublikaner entschlossen zu sein, sich um die republikanische Kandidatur für die Präsidentschaft zu bewerben, wenn Eisenhower nicht kandidieren sollte. Wenn Eisenhower und Dulles versuchen sollten, die "neue" Linie auch wirklich durchzusetzen, dürfte es zu einer offenen Rebellion in der Republikanischen Partei kommen.

Auf der anderen Seite haben Eisenhower und Dulles immer wieder gezögert, die Linie der Vernunft und der Verständigung, zu der sie von immer weiteren Kreisen der Öffentlichkeit und - in den letzten Monaten auch insbesondere des Kongresses - gedrängt werden, mit Konsequenz durchzuführen. Sie fürchten sich vor den Folgen für die Republikanische Partei.

Der Riß geht durch die Administration

Aber man täte Knowland unrecht, wollte man ihn und die Rechtsrepublikaner als die einzigen Anhänger einer Außenpolitik bezeichnen, die zu einem Zusammenstoß im Fernen Osten - wegen Quemoy und Matsu oder wegen Formosa - und damit möglicherweise zu einem großen Krieg in Asien und unter Umständen auch in Europa führen könnte. Von den vier Stabschefs - jeder Wehrmachtsteil hat einen und dann gibt es einen Vorsitzenden, den Admiral Radford - befürworten drei eine Politik, die Quemoy und Matsu mit Atomwaffen verteidigen würde. Im State Departement ist angesichts der Erfahrungen, die viele Beamte infolge des McCarthyismus und während der leidenschaftlichen Angriffe der Republikaner auf Dulles' Vorgänger, Acheson, machten, für viele Beamte üblich geworden, keine "riskante" Haltung einzunehmen. Niemand wird es wagen, für einen Kompromiß einzutreten. So ist der innere Riß unter den Republikanern nur der Ausdruck der Tatsache, dass die Administration und das heute offizielle Washington zwischen zwei durchaus entgegengesetzten politischen Zielen und Methoden schwanken.

Und die Demokraten?

Die Demokraten behandeln die politischen Schwierigkeiten der Republikaner und die Fehler der Administration mit außerordentlicher Milde und Zurückhaltung. Nur der frühere Präsident* führt eine scharfe Sprache gegen die Eisenhower-Administration. Stevenson hat in seiner außenpolitischen Rede vor wenigen Wochen Wert darauf gelegt, konstruktive Opposition zu treiben und positive Wege zu weisen. Andere Demokraten, vor allem die massgebenden Männer im Kongress, sind zumeist konservative Männer aus dem Süden, die mit Eisenhower im Grunde übereinstimmen. Sie unterstützen seine Außenpolitik und man kann füglich sagen, dass ohne diese Unterstützung Eisenhower viel mehr in Knowlands Richtung getrieben würde und völlig hilflos wäre. Nachdem Senator George, der Obmann des Außenpolitischen Ausschusses und zweifellos der einflussreichste Mann im Senat, eine Vierer-Konferenz empfahl und auch nach Eschus En-Lais Rede in Bandung eine positive Haltung vorgeschlagen hat, entsteht doch der Eindruck, dass die Demokraten die Partei des Friedens sind, die den Republikanischen Präsidenten gegen beträchtliche Teile seiner eigenen Partei, die Kriegspartei, unterstützen. * Truman

* * *

Willy S a n d e r 60 Jahre

Der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Willy Sander, begeht am 6. Mai in Bonn seinen 60. Geburtstag. Wer in den letzten Jahren als Besucher der sozialdemokratischen Fraktion sein Büro betrat, um in dem komplizierten und unübersichtlichen politischen und technischen Gebiet des Bundeshauses Auskunft und Rat einzuholen, der wird diesen hilfsbereiten und klugen Mann in dankbarer Erinnerung behalten; was wären die Abgeordneten, wenn sie sich nicht in den organisatorischen Fragen voll und ganz auf ihn verlassen könnten?

Politisches Organisationstalent, Prinzipientreue und menschliche Hilfsbereitschaft: das sind die hervorstechenden Eigenschaften, die in dem Leben Willy Sanders eine so große Rolle gespielt haben. In Dresden geboren, schloß er sich früh der Arbeiterbewegung an. Die gewerkschaftliche Bewährungsprobe legte er durch seine Tätigkeit im Metallarbeiterverband ab, die starken politischen Fähigkeiten bewies er als Parteisekretär der SPD in Sachsen.

Als 1933 die Nacht über Deutschland hereinbrach, mußte er, wie zahllose andere, seine Heimat verlassen. Er ging mit dem Parteivorstand nach Prag. Hilfe suchenden politischen Flüchtlingen war er dort Wegweiser und Stütze. Dann kam die Übersiedlung nach London. Willy Sander wurde der gute Geist der Londoner Kolonie der deutschen Sozialdemokraten. Selbstverständlich, dass er nach dem Zusammenbruch in treuer Pflichterfüllung wieder in den freien Teil Deutschlands kam, um beim Wiederaufbau der Partei zu helfen.

Und heute ist Willy Sander aus dem Bonner Getriebe nicht mehr wegzudenken. Er gehört zu denjenigen, die ihre politische Hauptaufgabe im Dienst an der Sache und nicht im Vorwärtsspielen des eigenen Namens sehen. Wir können uns glücklich schätzen, ihn in unserer Mitte zu wissen.

Verantwortlich: Peter Raunau